

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
(18. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Gyde
Jensen, Katja Suding, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/27109 –**

**Freiheit von Forschung und Lehre schützen – Kooperationen mit Chinas
Konfuzius-Instituten an deutschen Hochschulen beenden**

A. Problem

Die chinesische Regierung versucht gezielt Einfluss auf politische und wissenschaftliche Akteure anderer Staaten zu nehmen und universell gültige Menschenrechte zu relativieren. Dies geschieht unter anderem über die Konfuzius-Institute, die zwar offiziell den Anschein der Unabhängigkeit zu erwecken versuchen, tatsächlich aber einer direkten politischen Einflussnahme unterliegen. Die Institute sind teilweise den Hochschulen der Zielländer angegliedert und organisatorisch eng mit ihnen verflochten. Einige werden sogar direkt von deutschen Ländern und Kommunen finanziell bezuschusst. Während Hochschulen in vielen Staaten aus Sicherheitsbedenken die Konfuzius-Institute geschlossen hätten, fehlt in Deutschland eine kritische Auseinandersetzung von Politik und Hochschulen mit dieser Form der chinesischen Einflussnahme.

B. Lösung

Der Einfluss der Konfuzius-Institute in Deutschland auf Lehre und Forschung soll untersucht werden. Außerdem soll untersucht werden, inwieweit Studierende aus China und deutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Deutschland überwacht werden. Staatliche Zuschüsse an Konfuzius-Institute sollen nicht mehr gezahlt werden. Eine nationale Strategie für Cybersicherheit in der Wissenschaft soll für mehr Sicherheit der digitalen Hochstuhlinfrastruktur sorgen.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags auf Drucksache 19/27109.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/27109 abzulehnen.

Berlin, den 5. Mai 2021

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Dr. Ernst Dieter Rossmann
Vorsitzender

Dr. Stefan Kaufmann
Berichtersteller

Dr. Karamba Diaby
Berichtersteller

Dr. Götz Frömming
Berichtersteller

**Dr. Jens Brandenburg (Rhein-
Neckar)**
Berichtersteller

Dr. Petra Sitte
Berichterstellerin

Kai Gehring
Berichtersteller

Bericht der Abgeordneten Dr. Stefan Kaufmann, Dr. Karamba Diaby, Dr. Götz Frömming, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Dr. Petra Sitte und Kai Gehring

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/27109** in seiner 215. Sitzung am 4. März 2021 beraten und dem Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung sowie dem Auswärtigen Ausschuss und dem Innenausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Nach Ansicht der Fraktion der FDP lässt sich in den letzten Jahren feststellen, dass freiheitliche Werte von der chinesischen Regierung im eigenen Land vermehrt eingeschränkt werden. Die chinesische Regierung versuche gezielt, Einfluss auf politische und wissenschaftliche Akteure anderer Staaten zu nehmen und universell gültige Menschenrechte zu relativieren. Dies geschehe unter anderem über die Konfuzius-Institute, die Teil der strategischen „Soft Power“-Ausübung der chinesischen Regierung seien. Die Bundesregierung habe davon Kenntnis. In ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion erklärt sie: „Der Bundesregierung ist bekannt, dass der chinesische Staat bzw. die Kommunistische Partei Chinas Einfluss auf Veranstaltungen, Lehrinhalte und -materialien an Konfuzius-Instituten in Deutschland nimmt. Dies erschließt sich bereits aus der engen organisatorischen und finanziellen Anbindung der Institute an staatliche chinesische Institutionen, namentlich an die der Zentralen Propagandaabteilung der Kommunistischen Partei Chinas unterstellte Kulturorganisation ‚Hanban‘.“ (Antwort der Bundesregierung zu Frage 4, BT-Drs. 19/15560).

Inzwischen gebe es 19 chinesische Konfuzius-Institute in Deutschland. Nach eigener Aussage würden sie die chinesische Sprache und Kultur im Ausland fördern. Die weltweit tätigen Institute seien bisher dem „Hanban“, einer nachgeordneten Behörde des chinesischen Erziehungsministeriums, zugeordnet. „Hanban“ ist die chinesische Abkürzung für das „Staatliche Führungsgruppenbüro für die internationale Verbreitung der chinesischen Sprache“. Im Januar 2018 habe die „Kleine Führungsgruppe zur Vertiefung umfassender Reformen“ der Kommunistischen Partei Chinas eine Reform auf den Weg gebracht, nach der der „Aufbau einer sozialistischen Kultur“ und die Unterstützung einer „Diplomatie chinesischer Prägung“ im Zentrum der Arbeit der Konfuzius-Institute stehen sollen. Dafür werde ideologisch geschultes chinesisches Lehrpersonal ins Ausland entsandt (vgl. Vorbermerkung der Bundesregierung, BT-Drs. 19/15560).

Im Juni 2020 seien die Konfuzius-Institute von der chinesischen Regierung in die „Beijing Chinese International Education Foundation (CIEF)“ überführt worden, um den Anschein der Unabhängigkeit zu erwecken. Gleichzeitig sei das „Center for Language Education and Cooperation (CLEC)“ am bisherigen Sitz von Hanban gegründet worden und ersetze dieses. Auch die Bundesregierung habe festgestellt: „Grundsätzlich sind die der Stiftung angehörenden Universitäten und Unternehmen in ihrer Arbeit den Zielen der Partei verpflichtet. Inhaltlich und personell zeigt sich bei beiden Institutionen keine nennenswerte Neuausrichtung. Die Nähe der Konfuzius-Institute zur KPCh bleibt daher nach Einschätzung der Bundesregierung bestehen.“ (vgl. Antwort der Bundesregierung zu Frage 2, BT-Drs. 19/24163) Das Bundesamt für Verfassungsschutz komme ebenfalls zu dieser Einschätzung und bezeichne die organisatorische Neuordnung als „bloße Umetikettierung“. Es werde geschlussfolgert: „Eine Entideologisierung der KI oder gar deren Abnabelung vom Parteistaat ist folglich nicht zu erwarten. Konfuzius-Institute gefährden vielmehr auch weiterhin die akademische Freiheit in Forschung und Lehre und werden als wichtige politische Einflussakteure und Instrumente der Machtprojektion der KPCh im Ausland aktiv bleiben.“

Im Unterschied zu anderen Organisationen zur internationalen Sprach- und Kulturförderung wie die Alliance française oder die deutschen Goethe-Institute unterlägen die Konfuzius-Institute einer direkten politischen Einflussnahme und seien in der Regel unmittelbar an den Hochschulen der Zielländer angegliedert und organisatorisch eng mit ihnen verflochten. Dazu würden deutsche Hochschulen mit der chinesischen „Hanban“-Behörde bzw. künftig der CIEF einen Kooperationsvertrag schließen. Teilweise würden die Konfuzius-Institute zusätzlich

von deutschen Ländern und Kommunen finanziell bezuschusst. Einige Konfuzius-Institute seien zudem z. B. über das Projekt „Konfuzius-Klassenzimmer“ auch an deutschen Schulen aktiv.

Weltweit gebe es etwa 500 Konfuzius-Institute. In vielen Staaten hätten Hochschulen in den letzten Jahren die Konfuzius-Institute aus Sicherheitsbedenken geschlossen, beispielsweise Frankreich, Kanada, die Niederlande oder Belgien. In den Vereinigten Staaten sei die staatliche Finanzierung von Konfuzius-Instituten zudem verboten. Auch in Deutschland werde eine kritische Auseinandersetzung von Politik und Hochschulen mit dieser Form der chinesischen Einflussnahme gebraucht, um die Unabhängigkeit der Hochschulen und die grundgesetzlich garantierte Wissenschafts-, Informations- und Meinungsfreiheit an deutschen Hochschulen frei von Zensur zu gewährleisten. Die Universitäten in Düsseldorf und Hamburg hätten bereits angekündigt, ihre Kooperationen mit den Konfuzius-Instituten vor Ort zu beenden.

Themen wie die Tibet-Frage, die schweren Menschenrechtsverletzungen gegenüber Uiguren oder das gewaltsame Vorgehen gegen Demonstranten in Hongkong könnten an Konfuzius-Instituten nicht offen diskutiert werden. Bestehende Kooperationen sollten daher kritisch überprüft und finanzielle Unterstützungen seitens Bund, Ländern und Kommunen beendet werden. Die institutionelle Neuordnung der organisatorischen Struktur hinter den Konfuzius-Instituten sollten Bund, Länder, Kommunen und Hochschulen zum Anlass nehmen, bestehende Kooperationsverträge kritisch zu prüfen und ggf. ganz aufzulösen.

Eine sprachliche, kulturelle und politische Völkerverständigung zwischen China und der Bundesrepublik Deutschland bleibe in einer globalisierten Welt unverzichtbar. Dies könne aber nur unter Wahrung der Meinungs- und Informationsfreiheit und der Unabhängigkeit von Zensur und Propaganda der Kommunistischen Partei Chinas geschehen. Als unabhängige Alternative zu Konfuzius-Instituten sollten Lehrstühle und Institute zur chinesischen Kultur geschaffen werden, die unabhängig von politischer Einflussnahme agieren und verstärkt in China verfolgte Wissenschaftler, Künstler und Menschenrechtsaktivisten einbinden können.

Die Fraktion der FDP fordert die Bundesregierung unter anderem auf, gemeinsam mit den Ländern, Kommunen und Hochschulen

1. eine unabhängige Expertenkommission zu schaffen, die wissenschaftlich aufarbeitet, inwieweit die chinesische Regierung direkt oder indirekt Forschungs- und Lehraktivitäten an deutschen Hochschulen, Schulen und Wissenschaftseinrichtungen finanziert. Außerdem soll untersucht werden, wie China über die Konfuzius-Institute Einfluss auf Forschung und Lehre an deutschen Hochschulen, Schulen und Wissenschaftseinrichtungen nimmt, Forschungsspionage betreibt sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und Studierende in Deutschland überwacht und beeinflusst;
2. Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger sowie Lehrkräfte an deutschen Hochschulen und Schulen für Strategien und Mechanismen der politischen Einflussnahme durch die chinesische Regierung und andere autoritäre Regime zu sensibilisieren;
3. eine Nationale Strategie für Cybersicherheit in der Wissenschaft auf den Weg zu bringen, um die Sicherheit der digitalen Hochschulinfrastruktur zu stärken;
4. bestehende Kooperationen deutscher Hochschulen mit Hanban – insbesondere mit Blick auf Konfuzius-Institute und Finanzierungsstrukturen deutscher Lehrstühle – kritisch zu überprüfen und Hochschulen bei der Suche nach Alternativen und einer Beendigung der Kooperationen zu beraten und unterstützen;
5. sicherzustellen, dass Minderheitenrechte an den Konfuzius-Instituten gewahrt werden;
6. dafür zu sorgen staatliche Zuschüsse an Konfuzius-Institute – etwa von Kommunen und Ländern – oder über die Bildungsprämie des Bundes beendet werden;
7. den Aufbau von China-Kompetenzen an deutschen Hochschulen unabhängig von einer Co-Finanzierung oder Einflussnahme der chinesischen Regierung zu gewährleisten, indem zusätzlich zu den bisher eingestellten Mitteln in Höhe von 24 Millionen Euro eine hinreichende Finanzierung sinologischer Lehrstühle und neuer Studiengänge zur Ausbildung künftiger Chinesisch-Lehrkräfte sichergestellt wird.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/27109 in seiner 80. Sitzung am 5. Mai 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung.

Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/27109 in seiner 138. Sitzung am 5. Mai 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Enthaltung der Fraktion der AfD die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage in seiner 72. Sitzung am 5. Mai 2021 beraten und empfiehlt die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/27190 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD.

Die **Fraktion der FDP** erklärt, es gebe in Deutschland aktuell 19 Konfuzius-Institute. Dabei handele es sich um deutsch-chinesische Institute, die beispielsweise chinesische Sprachkurse anbieten würden und auch Kulturveranstaltungen. Zumindest in Göttingen seien sie auch forschend tätig. Sie würden ausdrücklich auch zu politischen Themen Veranstaltungen anbieten, zum Beispiel Veranstaltungsreihen zum Verhältnis USA und China oder in Leipzig anlässlich des hundertsten Geburtstages der Kommunistischen Partei Chinas eine Veranstaltung. Die rechtliche Struktur der Institute sei sehr unterschiedlich, aber im Kern stecke dahinter immer eine Kooperation einer deutschen Universität mit der chinesischen Organisation Hanban, die direkt dem chinesischen Erziehungsministerium unterstellt sei und politisch von der Kommunistischen Partei in China gesteuert werde. Die Konfuzius-Institute seien beispielsweise mit dem Goethe-Institut und anderen Kulturinstituten nicht vergleichbar.

Die chinesische Seite stelle in diesen Instituten regelmäßig Lehrpersonal zur Verfügung und auch Lehrmaterialien. Seitens der deutschen Universitäten würden im Regelfall die Infrastruktur und auch ein Direktor gestellt. An der Freien Universität Berlin sei es außerhalb dieser Institute sogar so, dass ein kompletter Stiftungslehrstuhl von chinesischer Seite finanziert worden sei.

Die Bundesregierung habe auf Anfrage der Fraktion der FDP sehr eindrücklich auf die politische Einflussnahme durch die Kommunistische Partei Chinas auf die Veranstaltungsinhalte und auch auf die Lehrmaterialien dieser Institute hingewiesen. Und die Regierung weise deutlich darauf hin, dass auch das chinesische Lehrpersonal ausgewählt und vor allen Dingen ideologisch vorbereitet worden sei. Daran habe auch die Reorganisation der Hanbans in der Sache nichts geändert. Jetzt dürfe man sich natürlich nicht vorstellen, dass überall in Sprachkursen Propagandaplakate hängen würden. Es gehe viel subtiler zu. Kritische Themen würden dort eher ausgespart. Vor diesem Hintergrund hätten Hamburg, Düsseldorf und aktuell Trier diese Kooperation ausgesetzt.

Der Deutsche Bundestag dürfe bei dieser Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit nicht wegschauen. Es sei ein großer Angriff auf die Wissenschaftsfreiheit, wenn bestimmte Themen in Teilen der Hochschulen nicht besprochen werden können.

Die Fraktion der FDP schlage deshalb vor, das Thema chinesische Einflussnahme in den Konfuzius-Instituten unabhängig wissenschaftlich aufzuarbeiten.

Zweitens solle es einen deutlich engeren Dialog und Erfahrungsaustausch im Rahmen der Hochschulautonomie mit den wissenschaftlichen Akteuren zur Prävention, Sensibilisierung und Alternativsuche geben.

Drittens müsse eine nationale Strategie für Cyber-Sicherheit in der Wissenschaft und zur Forschungsspionage auf den Weg gebracht werden.

Viertens müssten direkte staatliche Zuschüsse an diese Institute von den Ländern, beispielsweise von Bayern, häufig auch von Kommunen oder die Zahlung der Bildungsprämie des Bundes beendet werden.

Und fünftens, das sei besonders wichtig, würden in Deutschland mehr China-Kompetenzen gebraucht. Diese Kompetenzen müssten unabhängig aufgebaut werden; deshalb sollten die Förderprogramme von Bund und Ländern zur Finanzierung unabhängiger sinologischer Institute und Lehrstühle deutlich ausgeweitet werden.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärt, eine wissenschaftliche Zusammenarbeit mit China werde weiterhin gebraucht. Die Zusammenarbeit sei auch von besonderer Bedeutung bei der Bewältigung zahlreicher auch globaler Themen wie Klima, Umwelt, Energie, Digitalisierung und so weiter. Dort werde ein gemeinsames Vorgehen gebraucht. Natürlich seien Risiken bekannt wie Know-How-Diebstahl, unklare Rahmenbedingungen, mangelnde Transparenz und Verlässlichkeit, Dual Use-Risiken und natürlich auch das Thema, das jetzt in diesem Antrag besonders angesprochen worden sei, nämlich das Thema der Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit. Und deshalb sei es richtig, dass man sich auch im Rahmen der Wissenschaftskooperation zunehmend kritisch mit der Einflussnahme chinesischer Akteure in Deutschland zu beschäftigen habe.

Union und Bundesregierung würden dem Thema Freiheit von Wissenschaft und Forschung großen Wert beilegen. Und deshalb sei es richtig, die Entwicklung bei den Konfuzius-Instituten in Deutschland mit großer Aufmerksamkeit zu verfolgen. Insbesondere an der Nähe der Konfuzius-Institute zur Kommunistischen Partei, die auch von der Fraktion der FDP bereits angesprochen worden sei, habe sich nach der Umstrukturierung nichts geändert.

Es sei allerdings auch ein Prozess zu beobachten, in dem sich die deutschen Hochschulen positionieren würden. Die CDU/CSU-Fraktion sei natürlich der Meinung, dass man weiterhin eine kritische Auseinandersetzung suchen und politisch begleiten müsse. Das BMBF und die Allianz der Wissenschaftsorganisationen würden die Hochschulen aktiv dabei unterstützen, in der Kooperation mit China eben auch diese Herausforderungen zu identifizieren. Es fänden Austauschformate statt, regelmäßige Informationsveranstaltungen, aber auch einzelfallbezogene Beratungsgespräche.

Die Hochschulrektorenkonferenz habe im September 2020 Leitfragen zur Hochschulk Kooperation mit China veröffentlicht. Es gebe also bereits viele Hilfestellungen und Orientierungen. Und auch auf europäischer Ebene gebe es einen regen Austausch auch mit anderen Mitgliedstaaten, wie mit dem Thema Wissenschaftskooperation umgegangen werden solle. Es gebe zudem eine gemeinsame EU-China-Roadmap in diesem Kontext.

Die Fraktion der FDP habe schon darauf hingewiesen, dass sich BMBF und Auswärtiges Amt seit 2018 für einen verstärkten quantitativen und qualitativen Auf- und Ausbau einer China-Kompetenz im gesamten deutschen Bildungs- und Wissenschaftssystem einsetzen würden. So seien vom BMBF im Zeitraum von 2017 bis 2024 zwölf Millionen Euro an Unterstützung vorgesehen. Das sei ein ganz wichtiger Aspekt, der auch im Antrag der Fraktion der FDP thematisiert werde. Dennoch werde die Fraktion der CDU/CSU den Antrag ablehnen

Die **Fraktion der AfD** stellt klar, dass es natürlich nicht darum gehen könne zu sagen, wissenschaftlicher Austausch werde nur mit Staaten betrieben, deren Regierungssystem oder Präsident gerade gefalle oder nicht. Genauso müsse man bei wirtschaftlichen Beziehungen oder im Energiebereich für eine Energieversorgung sorgen, die eben auch einmal aus Staaten komme, die vielleicht nicht das demokratische System hätten, wie man sich das in Deutschland vorstelle.

Der Antrag der FDP zielen ja mehr auf das Selbstverständnis der Universitäten. Man verstehe nicht, warum es den Universitäten nicht möglich sein solle, ihre Lehrstühle selbst zu finanzieren. Niemand habe etwas dagegen, dass die chinesische Sprache, chinesische Kulturgeschichte und chinesische Wirtschaft auch an den deutschen Universitäten gelehrt werde, aber man solle doch diese Lehrstühle selbst finanzieren und hier nicht auf Mittel aus China zurückgreifen. Denn dann bestehe die Gefahr, dass ein subtiler Einfluss ausgeübt werde, der übrigens inzwischen auch schon über die Universitäten hinausgreife. Es gebe ja selbst sogar an den Schulen jetzt Ableger aus den Universitäten heraus, wo dann Konfuzius-Kurse angeboten würden. Er sehe es kritisch, wenn bestimmte Themen in diesen Kursen einfach weggelassen würden und das Thema Menschenrechte nicht einmal thematisiert werde, sondern nur das, was alles in China angeblich so toll sein solle.

Deshalb hätten sich bereits Universitäten in verschiedenen Ländern entschieden, die Kooperation mit den Konfuzius-Instituten zu beenden, zum Beispiel in Frankreich, in den Niederlanden und auch in Schweden. Ähnlich sei auch in Kanada und in den USA reagiert worden.

Die Fraktion der AfD erklärt, man wolle andererseits auch nicht, dass China überhaupt keine Institute mehr betreiben dürfe, denn Deutschland habe auch die Goethe-Institute – aber sie sollten dann außerhalb der Universitäten angesiedelt sein. Die Verschränkung mit den Universitäten sehe die AfD-Fraktion sehr kritisch. Als Beispiel wird

die Freie Universität Berlin angeführt. Diese habe sogar ihre eigene Geschichte geleugnet, um einen Zuschlag aus China und Gelder aus China sichern zu können. Das könne niemand wollen. Der FDP-Antrag gehe der AfD-Fraktion nicht weit genug. Es würden keine neuen Kommissionen gebraucht. Stattdessen sollte die Zusammenarbeit, so wie sie bisher stattfindet, beendet werden.

Die **Fraktion der SPD** betont, man spreche über einen Antrag, der eine sehr kritische Haltung mit sehr viel Misstrauen gegenüber den Konfuzius-Instituten einnehme. Es würden darin einige aus Sicht der SPD-Fraktion nicht realisierbare Forderungen erhoben. Die Haltung der Fraktion sei zwar auch von Vorsicht und aufmerksamer Beobachtung gekennzeichnet, aber nicht von dem Wunsch nach Isolation.

Die Fraktion der SPD werde den Antrag ablehnen, da man einige konkrete Forderungen kritisch sehe. Die wachsende Bedeutung Chinas berge eine Vielzahl an Herausforderungen, aber auch einige Chancen für Deutschland und die Europäische Union. Gebraucht werde daher eine breite Debatte darüber, wie man die gemeinsamen Beziehungen mit China zukünftig gestalten wolle, gerade auch im Bereich von Bildung und Forschung. Für die Fraktion der SPD gelte der Grundsatz, nicht nur über, sondern auch mit China zu reden und dabei konstruktive kritische Fragen der Kooperation und des Wettbewerbs zu behandeln. Ohne den Dialog mit China sei die Gestaltung der ökonomischen, ökologischen, wissenschaftlichen und politischen Herausforderungen unserer Zeit kaum vorstellbar.

Kooperationen in dieser Zeit könnten aber auch eine wichtige Brücke in die chinesische Gesellschaft sein. Die deutschen Hochschulen sollten in der Zusammenarbeit natürlich achtsam bleiben und die Intensität der Kooperation von der Fachrichtung abhängig machen. Darüber entscheiden sollten Hochschulen und Länder, ohne dass der Bund Vorgaben machen könne.

Die Zusammenarbeit mit China im Bereich der Forschung sei in vielen wissenschaftlichen Bereichen wertvoll und wichtig. Sie werde das auch bleiben. Hier sei zum Beispiel das Thema Klimaschutz genannt worden. Dafür sei China für Deutschland und die EU ein strategischer Partner.

Die Fraktion der FDP fordere weiterhin, dass staatliche Zuschüsse an Konfuzius-Institute etwa von Ländern und Kommunen beendet werden sollen. Das sehe die Fraktion der SPD kritisch, da damit in den Kompetenzbereich der Länder eingegriffen werde. Die Vorschläge zur Sicherstellung von Minderheitsrechten an den Konfuzius-Instituten seien richtig. Aber aufgrund der Kulturhoheit der Länder sei die Bundesregierung an der Gestaltung von Konfuzius-Instituten nicht beteiligt. Darüber hinaus wären eine Beendigung der Kooperation und damit faktische Verbote der Tätigkeit nicht durchsetzbar. Sie wären außerdem mit dem Verständnis von Wissenschaftsfreiheit und Eigenverantwortung nicht vereinbar. Aus diesen Gründen und im Hinblick auf die differenzierte Haltung der Fraktion zur Zusammenarbeit mit China werde man den Antrag ablehnen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** betont, man habe es hier nicht nur mit einem wissenschaftspolitischen, sondern auch mit einem geostrategischen Problem zu tun. Die Konfuzius-Institute seien in der jüngsten Vergangenheit zunehmend in die Kritik unterschiedlicher Akteure gekommen. Insbesondere in den USA sei gegen die dortigen Konfuzius-Institute massiv vorgegangen worden. Sie sollten künftig nicht mehr als wissenschaftliche, sondern als chinesische Botschaftseinrichtungen behandelt werden. Entsprechend sei auch Druck auf andere Länder ausgeübt worden. So hätten Konfuzius-Institute in Schweden, in Frankreich, in den Niederlanden und in Kanada schließen müssen.

Das habe nun auch bei Einrichtungen in Deutschland Wirkungen hinterlassen. Es gehe hier nur indirekt darum, dass Universitäten in der Bundesrepublik Deutschland nun einmal unterfinanziert seien, was eine Zusammenarbeit durchaus interessant machen könne. Es sei außerdem behauptet worden, dass es Spionage- und Propagandatätigkeit gegeben habe. Dafür habe es noch keinen Beleg gegeben.

Auch die Außenpolitik europäischer Länder oder die der USA habe immer wieder von Regime-Change in anderen Regionen der Welt gesprochen. Hier kehre sich das offenkundig um. Zeitgleich sei es aber so, dass eine ganze Reihe von Universitäten, nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch beispielsweise in der Schweiz, darauf Wert legten, intensive wissenschaftliche Kontakte zu China aufzubauen.

Die Fraktion DIE LINKE. erklärt, sie sei froh, dass eine ganze Reihe von Universitäten dazu eine Diskussion geführt habe und sensibilisiert sei, was den Umgang mit den Konfuzius-Instituten und auch den Druck, der auf Hochschulen ausgeübt werde, betreffe. Die Bedingungen, unter denen Verträge, Stiftungsprofessuren und Kooperationen zustande gekommen seien, müssten evaluiert werden. Aber sie würde es nicht begrüßen, wenn dies vor allem vor dem Hintergrund einer Schließungsoption getan werde.

Die Staaten – auch China – würden Ziele politischer Natur verfolgen. Dass es an der chinesischen Menschenrechtspolitik sehr viel zu kritisieren gebe, sei unbestritten. Darüber solle man sich aber auf direktem Wege im Bundestag weiter austauschen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** bezeichnet die Wissenschaftsfreiheit als sehr wichtiges Anliegen. So habe die Fraktion den Antrag „Ein weltoffenes Land für freie Wissenschaft“ vorgelegt und darin insgesamt für alle Länder auf dem Globus dargelegt, was die Bundesregierung und auch der Bundestag im Ausland für die Wissenschaftsfreiheit tun könnten. So wichtig China sei: China sei nicht das einzige Land auf dem Globus, wo es eine schwierige Zusammenarbeit auch im wissenschaftlichen Bereich gebe. Deshalb sei es so unerlässlich, dass die Bundesregierung eine sehr aktive, wertebasierte Außenwissenschaftspolitik mache. Und Wissenschaftspolitik sei in allen deutschen Auslandsvertretungen stark verankert.

Auch sei wichtig, dass man eine sehr gute Wissenschafts- und Willkommensinfrastruktur in Deutschland habe, um Studierende und Forschende hier zu Lande auch besser zu schützen, wenn sie Opfer von Anfeindungen und Einschüchterungen würden. Weiterhin sei es wichtig, dass verfolgte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler besser unterstützt würden und dass die internationale Mobilität weiter ausgebaut werde.

Zum FDP-Antrag stellt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fest, China sei eine lupenreine Diktatur. Und die Freiheit der Wissenschaft sei in China – wie andere grundlegende Freiheiten auch – nicht gewährleistet. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN teile vieles an der Problemanalyse im FDP-Antrag, bei den Lösungen gebe es aber Unterschiede. Man finde es nicht richtig, den Fokus so einseitig auf die Konfuzius-Institute zu legen. Natürlich sensibilisiere das und habe auch entsprechende Diskussionen mit losgelöst. Aber der Vorschlag, eine Expertinnen- und Experten-Kommission einzusetzen, die klären solle, wo chinesischer Einfluss stattfinde, überzeuge nicht.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN finde es viel sinnvoller, zusammen mit der Hochschulrektorenkonferenz und mit den Wissenschaftsorganisationen gemeinsam eine Strategie zu entwickeln. Und die Forderung, dass kommunale und Landesmittel an Konfuzius-Institute gestrichen werden sollten, laufe aus Föderalismus-Gründen ins Leere.

Man finde es auch nicht richtig, dass die Bundesregierung die Hochschulen anhalten solle, Kooperationen mit Konfuzius-Instituten aufzukündigen. Es gebe eine Hochschulautonomie und auch die Eigenverantwortlichkeit der Wissenschaft, die entsprechend damit umzugehen wisse.

Man finde es weiterhin nicht richtig, die Förderung nur auf Sinologie zu fokussieren, wenn es um China-Kompetenz gehe. Man wolle die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit China auf einer klaren, menschenrechtlichen Grundlage fortsetzen. Der Antrag der FDP springe zu kurz und fokussiere einseitig. Deshalb werde der Antrag abgelehnt.

Die **Bundesregierung** erklärt, sie verfolge die im FDP-Antrag angesprochene Entwicklung mit Sorge und großer Aufmerksamkeit. Die Bundesregierung trete entsprechend einer wertorientierten Grundhaltung für Freiheit, Offenheit und Transparenz in der Wissenschaft ein.

In der Debatte seien Goethe-Institut und Konfuzius-Institute zusammen angesprochen worden. Das seien nach Auffassung der Regierung vollkommen unterschiedliche Sachverhalte, denn die Goethe-Institute seien Einrichtungen, die für Diversität, für Pluralismus, für Rechtsstaatlichkeit, für demokratischen Dialog in der Gesellschaft und auch zwischen Gesellschaften eintreten würden. Das unterscheide sich von dem, was die Konfuzius-Institute machen würden, grundlegend.

Die Bundesregierung sei für intensive Gesprächskontakte, wissenschaftlichen Austausch und Dialog mit China. Es gebe eine große Zahl von Wissenschaftlern in China, die in gewachsenen oder auch neu entstehenden Kontakten und Programmen und Austausch in Hochschulinstituten, in Forschungseinrichtungen als Einzelperson mit

Wissenschaftlern in Deutschland zusammenarbeiten würden. Und das habe gar nichts mit den Konfuzius-Instituten zu tun. Die Regierung plädiere für einen differenzierten Umgang mit China an der Stelle.

Zum Anliegen des FDP-Antrags sei zu sagen, dass eine Nähe der Konfuzius-Institute zur Kommunistischen Partei Chinas nach Einschätzung der Bundesregierung auch nach Umstrukturierung der Trägerstiftung auf chinesischer Seite im Sommer 2020 weiterhin bestehe.

Man habe deshalb als Bundesregierung eine Vielzahl an Gesprächen mit der Wissenschaft, den Hochschulen und den Ländern zu dieser Thematik geführt, um zu einer Reflektion und auch zu einer teilweisen veränderten Haltung bei den Akteuren beizutragen. Die Bundesregierung empfehle den Hochschulen im Umgang mit sogenannten Konfuzius-Instituten, die vorhandenen Informationen zu nutzen, sich sehr bewusst damit auseinanderzusetzen, für Transparenz über vertragliche Grundlagen und Finanzströme zu sorgen und jede Abhängigkeit von Seiten der Hochschulen zu vermeiden.

Das BMBF führe seit Sommer 2020 regelmäßige Informationsveranstaltungen mit der Allianz der Wissenschaftsorganisationen, aber auch in Kooperation mit der Deutschen Hochschulrektorenkonferenz für die Hochschulen durch.

Zu der im FDP-Antrag erwähnten Bildungsprämie des Bundes im Zusammenhang mit Konfuzius-Instituten erinnert die Regierung daran, dass die Prämie aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds finanziert und an Privatpersonen für eine berufsbezogene Weiterbildung gegeben werden. Es sei keine Förderung, die an einzelne Weiterbildungsanbieter wie zum Beispiele die Konfuzius-Institute gehe.

Seit 2014 habe es in der Bundesrepublik Deutschland mit mehreren hundert Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen zwei Prämiengutscheine von Konfuzius-Instituten in München und Hamburg gegeben. Das sei 2018 gewesen. Die Gutscheine mit einem Gesamtwert von 502 Euro habe es für zwei Sprachkurse gegeben. Danach habe es keine weiteren Anträge irgendeines Konfuzius-Instituts als Weiterbildungsanbieter mehr gegeben.

Die Bundesregierung wolle dazu beitragen, dass in Deutschland eine unabhängige China-Kompetenz aufgebaut werden könne. Man fördere diesbezüglich seit 2017 elf Projekte zum Aus- und Ausbau der China-Kompetenz an den Hochschulen. Im Sommer 2021 solle eine Neuauflage von Fördermaßnahmen ermöglicht werden. Dabei seien 13 vom BMBF geförderte Forschungsprojekte mit dem Fokus auf gesellschaftliche, sozialwirtschafts- und innovationspolitische Entwicklungen in China.

Von den Begabtenförderungswerken würden Stipendiaten im Bereich China-Kompetenz unterstützt. Zudem gebe es im Schulbereich ein auf China bezogenes Forschungsprojekt zur Erarbeitung von Unterrichtsmaterialien. Zu den bereits angesprochenen rund 12 Millionen Euro, die in den vergangenen Jahren im Bereich Auf- und Ausbau der China-Kompetenz investiert worden seien, kämen zusätzliche 12 Millionen Euro für weitere Maßnahmen zur China-Kompetenz.

Berlin, den 5. Mai 2021

Dr. Stefan Kaufmann
Berichterstatte

Dr. Karamba Diaby
Berichterstatte

Dr. Götz Frömming
Berichterstatte

Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar)
Berichterstatte

Dr. Petra Sitte
Berichterstatte

Kai Gehring
Berichterstatte

